

Was sollte die LINKE eigentlich zur Pflege sagen? Hier steht's...

Gesunde Patienten.

Pflegenotstand stoppen!

Gute Löhne.

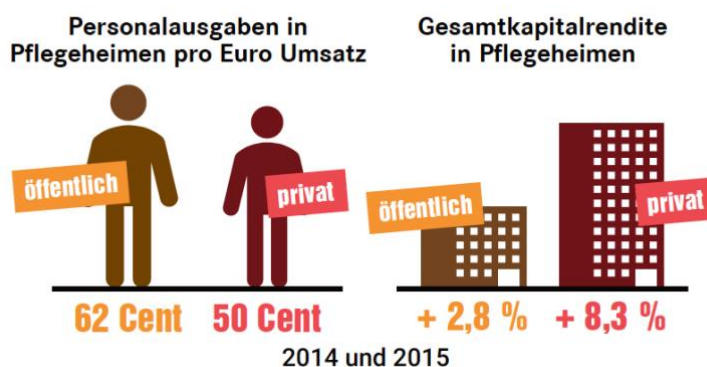
Weniger Stress.

= Pflegepolitik für die vielen

DIE LINKE.
Kreisverband Bochum

Ist-Zustand in der Pflege

- 1.1 Millionen Pflegekräfte sind in der ambulanten und stationären Pflege beschäftigt. 85 Prozent davon sind Frauen. Die Mehrheit ist teilzeitbeschäftigt.
- Pflegeschlüssel: Auf eine KrankenpflegerIn kommen 10.3 Patienten.
- Ende 2017 waren 24.000 Stellen in der Altenpflege unbesetzt.
- Altenpflegekräfte scheidet nach durchschnittlich 7 Jahren aus dem Beruf aus.
- 172 Tage suchen Arbeitgeber im Durchschnitt nach Ersatz im Anschluss an eine Kündigung.
- Der Krankenstand ist bei Pflegekräften in Deutschland um ca. 75 Prozent höher als der Durchschnitt in der gesetzlichen Krankenversicherung.
- Im Pflegebereich werden 45,5 Millionen Überstunden im Jahr geleistet, die zum Teil nicht abgebaut oder ausbezahlt werden. Jede PflegerIn arbeitet eine Woche mehr im Jahr.
- Der Mindestlohn in der Pflege beträgt zurzeit in Westdeutschland 10,55€, in Ostdeutschland 10,05€.
- Bis 2020 soll der Mindestlohn in der Pflege im Westen auf 11,35€ und im Osten auf 10,85€ steigen.
- 1.700 Euro werden im Durchschnitt für einen Platz im Pflegeheim privat dazugezahlt.
- 53 Prozent aller Pflegeheime sind privat, 4,8 Prozent sind öffentlich und 42 Prozent sind freigemeinnützig (Diakonie, Caritas, AWO etc.).
- MigrantInnen arbeiten in der häuslichen Pflege oft für niedrige Löhne und bei entgrenzter Arbeitszeit.



(Quelle: ver.di)

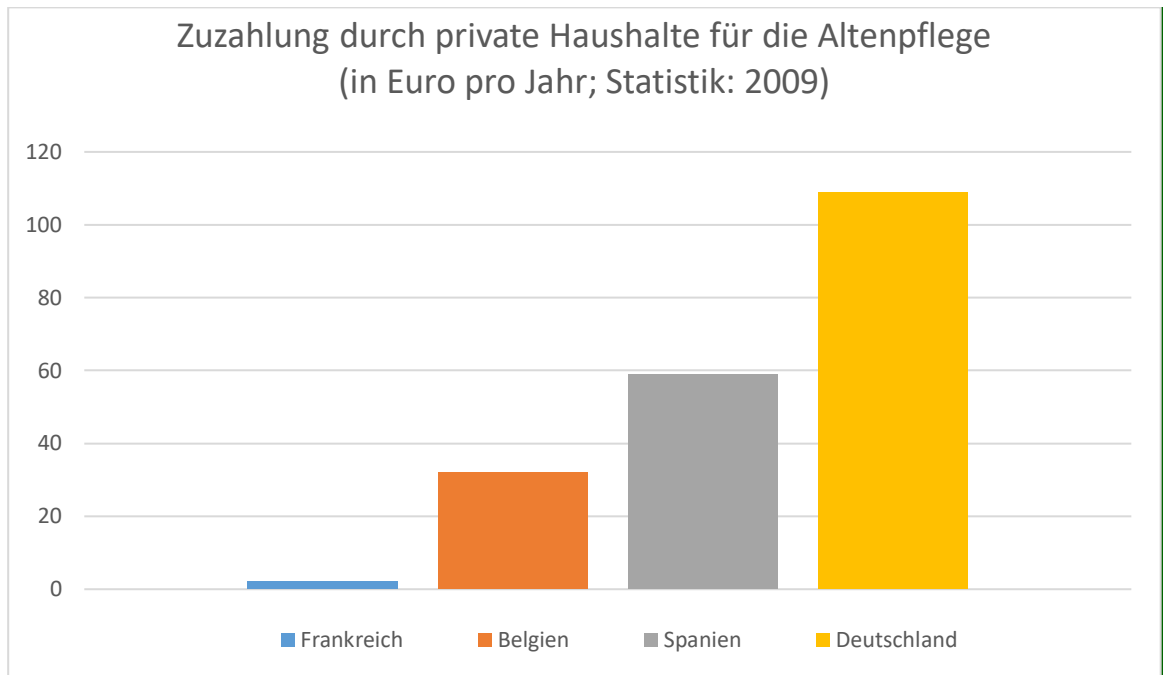
» Wenn man es zulässt, mit der Pflege alter Menschen Gewinne zu machen so wie in einer Autofabrik, dann muss man sich nicht wundern, wenn die gleichen ökonomischen Regeln herrschen wie in einer Autofabrik. «

Prof. Stefan Sell

Direktor des Instituts für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung
der Hochschule Koblenz

EU-Vergleich

- Die Betreuungsquote in skandinavischen Ländern ist 2-3 Mal so hoch wie in Deutschland.
-



(Quelle: Studie der Heinrich-Böll-Stiftung (2014))

Pflegekonzept der Bundesregierung

1. Der Koalitionsvertrag (Kv)

Punkt 4 Gesundheit und Pflege, Zitate aus dem Kv

„Wir werden sicherstellen, dass alle (hier sind Kranke, Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung gemeint) auch zukünftig eine gute, flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung von Beginn bis zum Ende ihres Lebens erhalten,

Wir werden die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege sofort und spürbar verbessern. Es werden Sofortmaßnahmen für eine bessere Personalausstattung in der Altenpflege und im Krankenhausbereich ergriffen und dafür zielgerichtet gefördert.

In einem Sofortprogramm werden wir 8000 neue Fachkraftstellen im Zusammenhang mit der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeeinrichtungen schaffen. Der dafür erforderliche finanzielle Mehraufwand soll durch eine Voll-finanzierung aus Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erfolgen.

Wir wollen in einer "Konzertierten Aktion Pflege" eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Situation in der Altenpflege erreichen. Die "Konzertierte Aktion Pflege" umfasst u.a. eine

Ausbildungsoffensive, Anreize für eine bessere Rückkehr von Teil- in Vollzeit, ein Wiedereinstiegsprogramm,

Wir wollen die Bezahlung in der Altenpflege stärken. Gemeinsam mit den Tarifpartnern wollen wir dafür sorgen, dass Tarifverträge in der Altenpflege flächendeckend zur Anwendung kommen. Wir wollen angemessene Löhne und gute Arbeitsbedingungen in der Altenpflege."

2. Weitere Ankündigungen und Maßnahmen der Bundesregierung

Seit Anfang Juli 2018 gibt es die "Konzertierte Aktion Pflege" in der konkrete Maßnahmen in 5 Arbeitsgruppen erarbeitet werden (Veröffentlichung des BM):

- AG 1 Ausbildung und Qualifizierung
- AG 2 Personalmanagement, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung
- AG 3 Innovative Versorgungsansätze und Digitalisierung
- AG 4 Pflegekräfte aus dem Ausland
- AG 5 Entlohnungsbedingungen in der Pflege

Sofortprogramm von Jens Spahn:

- 13.000 zusätzliche Altenpflegekräfte
- konkrete Vorgaben für Personal in Krankenhäusern

Huberus Heil in der Bild am Sonntag:

"Wenn es endlich einen Flächentarifvertrag gibt, werde ich den zügig für allgemeinverbindlich erklären. Das wird die Löhne spürbar verbessern."
(zitiert aus SZ v. 18/7/18)

3. Was ist kritisch?

- Finanzierung zusätzlicher Krankenpflegekräfte ausschließlich durch die GKV
- Tarifbindung für Caritas und Diakonie (grundgesetzlich geschütztes eigenes Arbeitsrecht)
- Tarifbindung für private Einrichtungen (R. Brüderle: 2% aller Pflegekräfte sind Mitglied bei Verdi (SZ v. 18/7/18)
- 8.000 Krankenpflegekräfte und 13.000 Altenpflegekräfte sind zu wenig
- es muss eine Ausbildungsverpflichtung für die Einrichtungen geben
- Deutschland sollte seine Pflegekräfte selbst ausbilden und nicht Fachkräfte aus anderen Ländern abwerben (Stichwort: „Brain Drain“).

DIE LINKE. zu Gesundheit und Pflege

DIE LINKE. will mit der Ungerechtigkeit im Gesundheitssystem und in der Pflege brechen. Statt die Last auf den ohnehin stark belasteten Schultern Reform für Reform zu erhöhen, muss soziale Gerechtigkeit auch hinter der Drehtür im Pflegeheim oder in der Notaufnahme der Krankenhäuser verwirklicht werden. Wer arm ist, darf nicht länger automatisch häufiger krank sein und früher sterben. Der Patient muss wieder in den Mittelpunkt der Pflege- und Gesundheitspolitik gestellt werden. Das geht nur, wenn es genügend und zufriedene Pflegerinnen und Pfleger gibt. Da ist viel zu tun. Gute Pflege vor Profite!

Im Fokus einer Reform, die ihren Namen auch verdient, muss der Grundsatz stehen: alle zahlen in einen Topf ein, aus dem dann alle die für sie notwendigen Leistungen bezahlt bekommen. Egal, ob bei der Finanzierung von Gesundheit oder Pflege. Diese

Solidarität setzt sich im Verhältnis zu den Arbeitgebern fort. Schluss damit, dass die Unternehmen immer weniger zahlen und die Profite bei einigen wenigen sprudeln. Dann muss auch nicht mehr zugezahlt werden. Brillen oder Zahnersatz gehören wieder zum Standardkatalog der Krankenversicherungen. Klare Ansage: Das Geld ist da.

DIE LINKE. will Krankenhäuser bedarfsgerecht finanzieren und den Personalmangel bekämpfen. Es braucht 100.000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern und in der Altenpflege fehlen mindestens 40 000 Stellen. DIE LINKE. setzt bei der Gewinnung neuer Fachkräfte in der Pflege auf einen Dreiklang: Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Ausbildung müssen verbessert werden. Es braucht es eine bessere Bezahlung: kein Lohn in der Altenpflege darf unter 14,50 Euro pro Stunde liegen. Keine Pflegefachkraft sollte unter 3.000 Euro (in Vollzeit) verdienen.

Um die Qualität der Pflege zu sichern, fordert DIE LINKE bundesweite Standards über eine qualitätsbezogene Personalbemessung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert. Bis dahin müssen Bund und Länder absichern, dass mindestens die Hälfte des Personals aus Fachkräften besteht.

Die Ausbildung in den Pflegeberufen muss als integrierte Ausbildung mit einer zweijährigen gemeinsamen und einer einjährigen ergänzenden spezialisierten Fachausbildung gestaltet werden. Zudem erfordert die Komplexität der Pflege die Integration der akademischen Bildung (Studium). Die dreijährige Pflegeberufsausbildung muss die unmittelbare Berufsfähigkeit sichern. Die Ausbildung, Fort- und Weiterbildungen müssen für die Pflegekräfte schulgeldfrei sein. Neben der Pflegeausbildung wollen wir eine dreijährige Ausbildung zur Fachkraft Assistenz nicht nur für Menschen mit Behinderungen. Die steigende Qualifikation des Berufsbildes muss sich auch in einer höheren Ausbildungsvergütung und besseren Entlohnung niederschlagen.

Um den Investitionsstau in den Krankenhäusern abzubauen, muss der Bund die zuständigen Länder zweckgebunden unterstützen. Wir fordern eine jährliche Beteiligung des Bundes in Höhe von 2,5 Mrd. Euro (die andere Hälfte tragen die Länder). Damit kann der heute bestehende Investitionsbedarf bei den Krankenhäusern in den kommenden etwa zehn Jahren abgebaut werden. Darüber hinaus versetzen wir die Länder in die Lage, ihren Investitionsverpflichtungen nachzukommen: Alle Einkommensarten (z.B. Mieteinnahmen oder Dividenden aus Aktienvermögen) werden zur Finanzierung herangezogen. Zudem führen wir die Vermögensteuer wieder ein. Die Einnahmen daraus gehen in die Länderhaushalte.

DIE LINKE. will eine Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Leistungen umfasst. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keine Eigenanteile zahlen. Wer auf Sozialhilfe angewiesen ist, erhält dieselben Leistungen wie alle anderen Menschen mit Pflegebedarf. Gleichzeitig werden die Kommunen entlastet, weil weniger Menschen durch die Pflegekosten von Sozialhilfe abhängig werden. Alle Leistungen werden bedarfsdeckend und nach bundesweit verbindlichen Qualitätsstandards erbracht.

Die ambulante gesundheitliche Versorgung soll sowohl in den Städten als auch auf dem Land verbessert werden. Immer wichtiger wird auch, das Gesundheitswesen von Barrieren zu befreien - von Hindernissen beim Zugang zu Arztpraxen und

Krankenhäusern aber auch von Hindernissen in der Kommunikation: leichte Sprache und verständliche Patienteninformationen müssen selbstverständlich werden.

Und der Einfluss der Pharmaindustrie muss zurückgedrängt werden. Medikamentenpreise sind zu begrenzen und so finanzielle Mittel für die Pflege frei. Wir wollen den Einfluss der Pharmakonzerne auf allen Ebenen zurückdrängen. Ihre Marketingaktivitäten müssen strikt begrenzt werden. Das betrifft nicht nur die Werbung, sondern auch die Beeinflussung der Ärzteschaft, der Wissenschaft und von Patientenorganisationen. Ärztinnen und Ärzte dürfen für das Verordnen bestimmter Medikamente nicht belohnt werden. Die Herstellung von Medikamenten und medizinischen Geräten darf nicht den Profitinteressen von Aktionären unterworfen sein. Die Pharmaindustrie muss dem Gemeinwohl verpflichtet und unter demokratische Kontrolle gestellt werden.

DIE LINKE.
Kreisverband Bochum

Universitätsstr. 39
44789 Bochum

www.dielinke-bochum.de
info@dielinke-bochum.de